Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG TAZ.NET

WAHLANALYSE BAYERN UND HESSEN

Jetzt wird die AfD auch aus Überzeugung gewählt

VON TIM NIENDORF UND KATHARINA HOFBAUER (GRAFIKEN) - AKTUALISIERT AM 09.10.2023 - 06:38



am Wahlabend in der Landeshauptstadt Wiesbaden Bild: Reuters

Die in Teilen rechtsradikale Partei fährt ihre besten Wahlergebnisse außerhalb Ostdeutschlands ein. Zwei Punkte lassen besonders aufhorchen. Die Wahlanalyse.















Ampelkoalition im Bund werden. Mag Deutschland zwar keine Zwischenwahlen wie in den Vereinigten Staaten haben, so konnte die Bundesrepublik zumindest einen Superwahltag erwarten. Immerhin waren in Bayern und Hessen am gleichen Tag fast ein Viertel aller Wahlberechtigten in Deutschland aufgerufen, ihre Stimme abzugeben.



Ein Privileg, von dem zuletzt immer weniger Bürger Gebrauch machen wollten. Bei den vergangenen zehn Landtagswahlen in Deutschland war die Wahlbeteiligung neun Mal gesunken. Einzige

Ausnahme: die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2021. Die fiel jedoch auf den gleichen Tag wie die Bundestagswahl. Und nun, im Herbst 2023, sinkt die Wahlbeteiligung auch in Hessen leicht, in Bayern hingegen steigt sie zum vierten Mal in Folge – möglicherweise auch dank der Polarisierung im Wahlkampf.

Schon als die ersten Prognosen über die Bildschirme flimmern, wird am Wahlabend klar, was viele befürchtet hatten: Es ist ein super Wahltag für die in Teilen rechtsradikale Partei AfD.



Zugewinne von anen rancien

Das hat vor allem zwei Gründe. Einen Grund nennt Bundessprecherin Alice Weidel vor der Kamera: "Immer mehr Wähler schenken uns ihr Vertrauen." Angesichts der Zugewinne in beiden Bundesländern klingt das erst einmal nach einer banalen Feststellung. In Bayern holt die Partei ihr drittbestes, in Hessen ihr bestes Wahlergebnis außerhalb Ostdeutschlands. Die AfD ist mittlerweile also auch ein westdeutsches Phänomen.

AfD wird zunehmend aus Überzeugung gewählt

Wahlentscheidung für die AfD erfolgte aus...

Bayern		vgl. zu 2018
Überzeugung	47	+9
Enttäuschung	46	-10
Hessen		
Überzeugung	38	+9
Enttäuschung	55	-7

in Prozent Grafik: kaho. / Quelle: infratest dimap

Auf den zweiten Blick spricht Weidel aber eine Erkenntnis aus, die sich noch herumsprechen dürfte. Die AfD ist nämlich nicht mehr nur eine Protestpartei. Bürger wählen sie zunehmend aus Überzeugung. In Hessen geben das immerhin 38 Prozent der AfD-Wähler an, in Bayern 47 Prozent. Das lässt aufhorchen und mindert die Chancen für die Mitbewerber, Wähler in Zukunft zurückzugewinnen.

Die AfD gewinnt von allen Parteien hinzu

Wählerwanderung von den Parteien zur AfD (in Tausend)

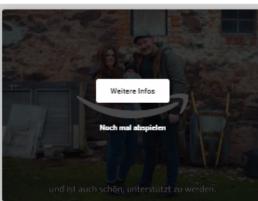
	Hessen		Bayern	
Nichtwähler	46	CSU		80
SPD	29	Nichtwähler		80
FDP	24	Sonstige	40	
Sonstige	18	FDP	40	
CDU	17	FW	30	
Linke	14	Grüne	20	
Grüne	9	SPD	20	

Stand: 09.10.2023, 06:30 Uhr Grafik: kaho. / Quelle: infratest dimap

Ein Problem, das bei Weitem nicht nur, wie von manchen angenommen, die Union betrifft. In Bayern gewinnt die AfD zwar die meisten Stimmen von der CSU hinzu. Doch auch von den anderen Parteien kommen satte Zugewinne. In Hessen gewinnt die AfD relativ wenig Stimmen von der CDU. Anders als in Bayern setzten die hessischen Konservativen auf einen geräuschlosen Wahlkampf, weitgehend ohne Kulturkampfthemen. Doch auch in Hessen gilt: Die Wähler wandern von sämtlichen anderen Parteien zur AfD. In beiden Bundesländern kann die Partei zudem sehr viele ehemalige Nichtwähler in die Wahlkabine locken.



ANZEIGE



80 Prozent wollen andere Asylpolitik

Eine der womöglich interessantesten Grafiken des Wahltags präsentierte die ARD schon früh am Abend. Sage und schreibe 80 Prozent aller Wähler in Hessen und Bayern wünschen sich "eine grundsätzlich andere Asyl- und Flüchtlingspolitik, damit weniger Menschen zu uns kommen". Sogar bei den Grünen-Wählern überwiegt diese Meinung, wenn auch leicht. Das ist der zweite Punkt, der aufhorchen lässt.

Die Migrationspolitik bewegt bei beiden Wahlen die Bürger

Umfrage: Brauchen wir eine grundsätzlich andere Asyl- und Flüchtlingspolitik, damit weniger Menschen zu uns kommen?

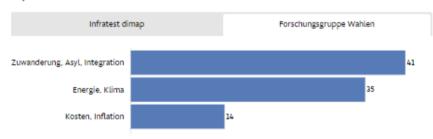


Wähleranteil in Prozent Grafik: kaho. / Quelle: infratest dimap

Der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann sagt am Wahlabend, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) müsste sich hinstellen und sagen, Deutschlands Kapazitäten seien am Ende: "Das Signal muss in die Welt", sagt er. "Die illegale Migration muss unterbunden werden." Auch der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil sagt: "Die Flüchtlingszahlen sind zu hoch." Das hatte Kanzler Scholz selbst erst vor Kurzem so formuliert.

Die drei wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung

Bayern



Hessen



Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich Grafik: jpg. / Quellen: Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen

Ob die Migration das Top-Thema bei der Wahlentscheidung in Hessen und Bayern war, dazu bieten die Forschungsgruppe Wahlen (ZDF) und Infratest Dimap (ARD) sehr unterschiedliche Werte an. Klar ist aber: Die Migrationspolitik und die Überforderung der Kommunen bewegt parteiübergreifend immer mehr Menschen, die AfD profitiert davon besonders.



Obergrenze, Schnellverfahren, Grenzkontrollen

Zehn Asylforderungen im Check.



Das Thema ist in den vergangenen Monaten immer größer geworden. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine sind schon jetzt mehr Schutzsuchende nach Deutschland gekommen als in den Jahren 2015 und 2016, als die AfD schon einmal einen Wahlerfolg nach dem anderen feiern konnte. In Bayern geben 61 Prozent der befragten Wähler an, sie machten sich "große Sorgen, dass zu viele fremde Menschen nach Deutschland kommen".



Faeser mit katastrophalen Werten

Eine, die das besonders trifft, ist Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Sie ist qua Amt für die Migrationspolitik zuständig. In Brüssel arbeitet sie an der europäischen Asylreform mit, die Schnellverfahren für aussichtslose Asylbewerber vorsieht. In Deutschland wurde sie von der Union kritisiert, die östliche Grenze nicht kontrollieren zu lassen. Kürzlich gab sie dann doch ihr Einverständnis für "flexible und mobile Schwerpunktkontrollen an wechselnden Orten" an der polnischen und tschechischen Grenze.

Zufriedenheit mit der Arbeit von Nancy Faeser



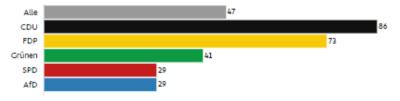
in Prozent Grafik: kaho. / Quelle: infratest dimap

In Hessen trat Faeser als Spitzenkandidatin für die SPD an, um dort Ministerpräsidentin zu werden. Viele Wähler nahmen ihr übel, dass sie sich nicht auf Hessen festlegte, sondern im Falle einer Niederlage weiter in Berlin bleiben wollte. Ihre Zufriedenheitswerte sind für eine prominente Spitzenkandidatin katastrophal: 60 Prozent der Wähler sind mit ihrer Arbeit unzufrieden, nur 26 Prozent zufrieden.

Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten

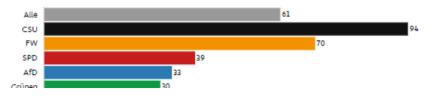
in Hessen

"Boris Rhein ist ein guter Ministerpräsident."



in Bayern

"Markus Söder ist ein guter Ministerpräsident."

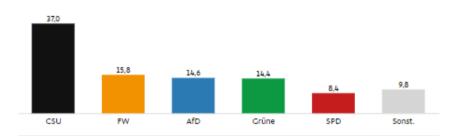


Ihr Kontrahent in Hessen, Boris Rhein, kann sich dafür freuen. Mit der CDU gewinnt er klar die Landtagswahl. Viele Wähler bescheinigen ihm, sich schnell ins Amt des Ministerpräsidenten eingearbeitet zu haben. Rhein hatte im Laufe der Legislaturperiode seinen Parteikollegen Volker Bouffier beerbt. Nun hat er aller Voraussicht nach noch mehr Zeit, seinen Amtsbonus auszubauen. Markus Söder von der Schwesterpartei CSU konnte das in den vergangenen Jahren schon machen. Ärgern dürfte ihn das Wahlergebnis in Bayern trotzdem, ist es doch kaum besser als das der CDU in Hessen. Eine besondere Partei ist die CSU, was das Wahlergebnis angeht, nicht mehr, zu groß ist mittlerweile die Konkurrenz.

Endergebnisse in Bayern und Hessen

Stimmenanteile in Prozent, vorläufige amtliche Endergebnisse

Landtagswahl Bayern



Landtagswahl Hessen



Stand: 09.10.2023, 02:57 Uhr

Grafik: jpg. / Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik, Hessisches Statistisches Landesamt

Im Ersten spricht Ingo Zamperoni Söder auf einen Satz des früheren CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß an. Dieser, sagt Zamperoni, habe doch mal als Parole ausgegeben, dass es rechts von der CSU keine Partei geben dürfe.

MEHR ZUM THEMA

← 1/2 →







Söder korrigiert ihn. Tatsächlich sagte Strauß einst: "Rechts von der CDU/CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben." Söder argumentiert, die AfD sei keine demokratische Partei. "Wir empfinden die AfD als eine rechtsextreme Partei." Und dann kommt auch er auf das Thema Migration zu sprechen. Die Bundesregierung müsse nun Lösungen finden, gerne

das Thema Migration zu sprechen. Die Bundesregierung müsse nun Lösungen finden, gerne auch mit der Union. Nur dann bekomme man die AfD wieder klein, gemeinsam.